



Datum: 24.01.2024

Autor: Magdalena Martullo-Blocher



Berner Politik

Dieses Korsett passt der Schweiz nicht

Magdalena Martullo-Blocher*

über das neue Verhandlungsmandat mit der EU



Das englische «Common Understanding» ist die Basis für das neue «Paketabkommen». Die meisten Politiker und viele Beamte verstehen es offensichtlich nicht. Das Parlament soll gar nicht mitbestimmen, Fragen bleiben unbeantwortet. Alles soll bis Juni endverhandelt sein, wegen der EU.

Das Abkommen passt überhaupt nicht zur Schweiz. Fast alle heutigen und zukünftigen EU-Regelungen sind pauschal zu übernehmen. Der Vertrag ist ein Korsett, welches uns Schweizern übergestülpt wird! Wollen wir EU-Recht nicht übernehmen, werden Strafmassnahmen in irgendeinem Vertrag verhängt. Verweigert das Volk eine neue Zuwanderung, können dann Schweizer Waren offiziell nicht mehr in die EU exportiert werden. Bei jeder Abstimmung geht es dann um «alles oder nichts». Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen, der europäische Gerichtshof entscheidet. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird durch europäisches Arbeitsrecht ersetzt. Regu-

lierungen, Lohndruck und geringere Sozialleistungen sind die Folgen.

Für Graubünden wirkt sich der Rahmenvertrag besonders schlecht aus. Bund, Kanton und Gemeinden dürfen sich wirtschaftlich nicht engagieren, ohne dass die EU dies genehmigt. Anreize für Firmengründungen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen sind verboten. Auch die Energiebetriebe dürfen gegenüber EU-Betrieben nicht bevorzugt werden: Landerwerb, reduzierte Abgaben, exklusive Marktzutritte oder Abnahmeverträge sind nicht mehr möglich. Grosswasserkraftwerke erhalten keine Investitionsbeiträge, Stromversorgungs- und Elektrizitätsgesellschaften müssen privatisiert werden. Die privaten Haushalte sollen am internationalen Markt Strom einkaufen. Unsere Wasserstromproduktion muss den EU-Wohlstand maximieren.

Im neuen Abkommen über Lebensmittelsicherheit wird «vom Acker bis zum Teller» alles nach EU-Recht geregelt. Die Unionsbürgerrichtlinie wird explizit übernommen und die dauernde Aufenthaltsbewilligung ausgeweitet. Arbeitslosen müsste die Schweiz ein Eigenverschulden nachweisen! In allen zukünftigen Binnenmarktverträgen gilt EU-Recht. Die Bündner Kantonbank, die kantonale Gebäudeversicherung oder die SUVA sind dann

nicht mehr möglich. Sollte das Freihandelsabkommen von 1972 angepasst werden, fällt auch noch die Schweizer Steuerhoheit. Wer behauptet, der institutionelle Rahmenvertrag würde kaum etwas ändern, hat sich entweder nicht damit beschäftigt oder will (wie die Wirtschaftsverbände und das Verhandlungsteam in Bern) die Auswirkungen ganz einfach unter den Tisch kehren!

Und das Beste zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken an EU-Programme und für die Kohäsion bezahlen! Der Rahmenvertrag stellt unser gesamtes Rechtssystem, unseren ganzen Erfolg auf den Kopf. Er greift unsere Selbstbestimmung, unsere direkte Demokratie, unsere Landwirtschaft, unsere Energielandschaft, unseren Arbeitsmarkt, unseren Föderalismus und unsere Sozialleistungen direkt an. Es geht um eine neue Rechtsordnung, welche uns aufgezwängt wird. Deshalb muss der Bundesrat den Vertrag entschieden zurückweisen und der EU klipp und klar erklären, dass das für uns nicht in Frage kommt! Leider ist die SVP die einzige Partei in Bern, welche dies fordert und konsequent für die Selbstbestimmung der Schweiz einsteht.

* **Magdalena Martullo-Blocher** ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.